

„Wenn man wollte, könnte man.“

*Ein Gespräch von Debate * mit Helmut Born von den „Gewerkschafter*innen für Klimaschutz“ über Klimawende, Arbeitsmarkt und Fridays for Future*

„Schnauze voll von Gewalt durch Klimaaktivisten“ – so hieß eine Aktion, die 2016 von Mitgliedern von Verdi und der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) ins Leben gerufen wurde. Auf ihrer (inzwischen gelöschten) Facebook-Seite machten die Betreiber damals Stimmung gegen ökologische Bewegungen, säten Zweifel am menschengemachten Klimawandel und riefen parallel zum jährlich im Rheinland stattfindenden Klimacamp zu Demonstrationen auf.

Dass hier die Interessen von Arbeitnehmern gegen die Belange von Klimagruppen ausgespielt wurden, war keineswegs neu. Die Vorstellung, dass man entweder die Welt retten konnte oder aber seinen Arbeitsplatz, war weit verbreitet. Der schon am Namen erkennbare, unversöhnliche Grundton der ganzen Aktion stellte jedoch eine neue Eskalationsstufe dar.

„Unterschiedliche Positionen hatte es immer gegeben,“ sagt Gewerkschafter Helmut Born. „Eine so aggressive Kampagne aber, das war das erste Mal. Wir fanden es empörend, dass Gewerkschaften so verleumderisch gegen die Bewegung vorgehen.“ Um der polarisierenden Rhetorik etwas entgegenzusetzen, taten sich Born und Mitglieder verschiedener Gewerkschaften noch im selben Jahr zu der Organisation „Gewerkschafter*innen für Klimaschutz“ zusammen.

Herr Born, was sind die Kernforderungen von „Gewerkschafter*innen für Klimaschutz“?

Zunächst ist uns wichtig, dass die Klimafrage mehr in den Blickpunkt gerückt wird und dass man die Politik danach ausrichtet, was zur Eindämmung des Klimawandels wichtig ist. Das Zweite ist, dass die Beschäftigten nicht in die Arbeitslosigkeit abgedrängt werden, sondern dass man Konzepte hat, mit denen in den Revieren neue Arbeitsplätze entstehen. Für den Fall, dass es doch zu Personalabbau kommt, setzen wir uns für gute Regelungen für die Beschäftigten ein. Und letztlich wünschen wir uns, dass die Gewerkschaften sich den Diskussionen mit der Klimabewegung stellen.

Bei Kongressen von Verdi haben wir in diesem Zusammenhang bereits verschiedene Anträge eingebracht, die alle mit großer Mehrheit angenommen wurden. Man sieht also, dass der Klimawandel die Mitglieder sehr berührt. Dennoch verweigern die Gewerkschaften bis heute eine echte Auseinandersetzung mit dem Thema. RWE und IG BCE führen einen heftigen Kampf gegen die Klimabewegung, vor allem mit den Mitteln der Diffamierung. So werden bestimmte Vorkommnisse zum Vorwand genommen, um die gesamte Klimabewegung als gewalttätig darzustellen. Das muss sich unserer Meinung nach ändern.

Sie beteiligen sich auch an Aktionen der Klimaaktivisten von *Fridays for Future*. Wie stehen Sie insgesamt zu deren Forderungen?

Was die CO2 Steuer angeht, haben wir unsere Vorbehalte und auch die Förderung von e-Autos ist für uns nicht der Weisheit letzter Schluss. Im Großen und Ganzen ist das aber eine Bewegung, die den Klimawandel in den Mittelpunkt stellt. Und wir finden, das ist heute das Wichtigste. Für uns stellt darüberhinaus natürlich die Situation der Beschäftigten einen wichtigen Aspekt dar, das darf man nicht außen vor lassen.

Was sagen Sie zum Argument, dass der Schutz von Arbeitsplätzen und die Energiewende nicht miteinander vereinbar sind?

Wir sind der Meinung, dass das zu kurz gegriffen ist. In der öffentlichen Debatte wird total vergessen, dass im Moment in der Windenergie-Branche tausende Arbeitsplätze vernichtet werden, weil Berlin den Ausbau der Windenergie blockiert. Auch in der Solarindustrie sind in den letzten Jahren tausende Arbeitsplätze verschwunden, ohne dass sich jemand darüber aufregt. Wenn die Politik hier einlenken würde, gäbe es eine viel bessere Perspektive für den Arbeitsmarkt.

Wir hatten neulich erst einen Vertreter von Greenpeace Energy bei uns, der aufgezeigt hat, dass der Ausbau von Wind- und Solarenergie in den Revieren eine extrem positive Wirkung haben könnte. Die Unternehmen könnten hier im großen Stil investieren und den Beschäftigten entsprechende Möglichkeiten zur Weiterqualifikation anbieten. Also: Wenn man wollte, könnte man. Man will nur meistens nicht.

Was antworten Sie Beschäftigten, die sagen, „Mit Mitte 50 lass ich mich doch nicht mehr zum Solartechniker umschulen“?

Das Durchschnittsalter bei den Beschäftigten im Rheinischen Revier liegt bei grob 53 Jahren. Wenn man einen Kohleausstieg bis 2030 machen würde, würde es mit Alterszeit und Übergangszeiten in die Rente gute Regelungen geben. Gerade für die älteren Jahrgänge ist die Sache also relativ problemlos.

Für die Beschäftigten, die 40 oder 45 sind, sieht das anders aus – die brauchen dann eine Umschulung, was ja aber auch so vorgesehen ist.

Dennoch ist für den Einzelnen natürlich bequemer, den alten Job behalten zu können. Argumentiert Ihre Organisation also auch dafür, das unmittelbare Eigeninteresse gegenüber größeren Belangen hintanzustellen?

Für die Beschäftigten geht es ja um ihre Existenz. Es ist also verständlich und richtig, wenn man dem Vorrang gibt. Außerdem hat die jahrzehntelange Arbeit in einem Unternehmen ein soziales Umfeld geschaffen, das man nicht gerne aufgibt, wenn es nicht unbedingt sein muss. Dennoch treten wir dafür ein, dass die Menschen darüber hinaus die gesellschaftliche und globale Situation nicht aus dem Blick verlieren.

Man muss eben konstatieren, dass der Klimawandel schon heute erhebliche Folgen für Menschen hat, die aufgrund von Dürre und Überschwemmungen ihre Lebensgrundlage verlieren. Davor kann man nicht die Augen verschließen. Und wir leben in einem reichen Land, in dem es möglich ist, den Beschäftigten Alternativen anzubieten.

Im Prinzip ist also klar: Es wird Veränderungen geben. Die Frage ist: Werden die Beschäftigten darunter leiden oder werden sie mitgenommen und Perspektiven für sie geschaffen?

Herr Born, ich danke Ihnen für das Gespräch!

* DEBATE will Wissenschaftlern, Politikern und Experten eine Plattform bieten, um ihre Sicht auf eines der wichtigsten Themen unserer Zeit darzulegen: die Energiewende. In Zeiten verhärteter ideologischer Fronten ist DEBATE ein Angebot, auf Augenhöhe miteinander ins Gespräch zu kommen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Die Website dazu geht im März 2020 live, die Redaktion sitzt in Hamburg. Das Projekt wird finanziert von der Uniper SE aus Düsseldorf, die u.a. das Kohlekraftwerk Datteln 4 betreibt, welches im Sommer ans Netz gehen soll. Dennoch geht es auf DEBATE gerade nicht darum, eine bestimmte Sicht der Dinge zu propagieren. DEBATE-Inhalte werden ergebnisoffen recherchiert, unsere User sollen ganz bewusst mit unterschiedlichsten Meinungen und Ansätzen konfrontiert werden – um sich auf diese Weise selbst ein Bild machen zu können.